

## Evangelische Jugend als Vorreiter und eigenständiger Teil der '68er

*Karsten D. Voigt*

Mein Aufbruch in die kritische Jugend- und Studentenbewegung begann nicht erst Ostern 1968, sondern exakt zehn Jahre früher, an meinem 17. Geburtstag im April 1958 auf einer Tagung des Jugendkonvents der Hamburger Landeskirche auf der Heideburg in Hamburg-Hausbruch. Dort brachte ich als frisch gewählter Delegierter der evangelischen Jugend des Rauhen Hauses einen Antrag zur Unterstützung einer Erklärung evangelischer Jugendleiter – darunter der Hamburger Jugendpastor Peter Stolt – gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ein. Nach heftiger Debatte wurde dieser Antrag mit 32 gegen 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Es blieb nicht bei diesem Antrag. Die Beteiligung von evangelischen Jugendlichen an Informationsständen und an der Massenkundgebung vor dem Hamburger Rathaus folgten.

Im Frühjahr 1960 war das Schwerpunktthema des Landesjugendkonventes der Antisemitismus. Unsere gemeinsame Schlussfolgerung: ‚Der Antisemitismus und seine Überwindung sei unsere Aufgabe und der Antisemitismus sei keine jüdische, sondern eine christliche Krankheit.‘

Auch die Diskussion über die nach unserer Meinung erforderliche Veränderung der Sexualmoral begann bei uns in der evangelischen Jugend bereits mehrere Jahre vor 1968. Das Schwerpunktthema der Herbsttagung des Landesjugendkonvents stand 1964 unter dem Motto: ‚Erziehung zur Geschlechtlichkeit als Auftrag der Kirche‘. Zur Vorbereitung dieser Vollversammlung hatten wir in verschiedenen Gemeinden Hamburgs ca. 100 Jugendliche gebeten, 32 Fragen zu ihren Einstellungen zu verschiedenen Formen der Liebe und der

Sexualität zu beantworten. Ergebnis der Beratungen waren Empfehlungen an die Kirchenleitung. In ihnen hieß es: „Eine zunehmende Verwirrung unter Erwachsenen und Jugendlichen in Fragen der Geschlechtlichkeit zwingt uns zur Überprüfung der christlichen Aussagen zu diesem Bereich. Es ist unverkennbar, dass die Bibel in ihrer Stellung zum Miteinander von Mann und Frau stark belastet ist durch die damalige patriarchalische Geschlechterordnung. Die Emanzipation der Frau fordert jedoch heute eine Neuinterpretation der biblischen Aussagen im Blick auf ein partnerschaftliches Verhältnis der Geschlechter.“

Auch nach meinem Umzug nach Frankfurt hielt ich den Kontakt zum Hamburger Landesjugendkonvent noch für einige Jahre aufrecht und brachte die Debatten von dort in die Evangelische Studentengemeinde ein. In deren umgebautes Studentenwohnheim war ich zum Winter 1963 aufgenommen worden. Eine Laienpredigt zu Lukas 7, Vers 36–50 (Jesu Salbung durch die Sünderin) am 1. November 1964 benutzte ich dabei als Grundlage für die Werbung für die von uns in Hamburg erarbeiteten Thesen zur christlichen Sexualethik. Im Februar 1965 spitzte ich in einem Artikel für die ‚esg-randschau‘ – einem Blättchen der Frankfurter Studentengemeinde – meine Thesen zur christlichen Sexualethik im sprachlichen Jargon der Frankfurter Schule weiter zu: „Ein wie auch immer gearteter, autonom gesetzter Sittenkodex würde dem Menschen mit einem Herrschaftsanspruch gegenüberstehen, der die im Neuen Testament verkündete Befreiung des Menschen im Kern missverstünde und missachte. Nicht eine Autonomie eines Sittenkodexes gilt es zu verteidigen, sondern die Autonomie des Menschen gegenüber den ihn bedrängenden Herrschaftsansprüchen (in diesem Fall verkörpert durch einen als autonom gesetzten Sittenkodex).“

Inzwischen hatte in Frankfurt der Auschwitz-Prozess begonnen. Sein Verlauf beeinflusste zunehmend die Diskussionen in der ESG und im evangelischen Studentenwohnheim. Ich war 1962 nach dem Bau der Mauer in Berlin in die SPD eingetreten und kannte von dort auch den Initiator des Prozesses, Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, gut. Er bat mich, am Prozess teilzunehmen, um ggf. Zeugen durch die Stadt zu begleiten. Die Beobachtung des Prozessgeschehens und die Gespräche mit den Zeugen, unter denen sich zahlreiche

Kommunisten befanden, beeindruckten mich tief. Trotz meiner Ablehnung der Kommunisten, die ja Christen in der DDR unterdrückten, war ich für den Dialog mit ihnen. Ich schlug dem Studentenfarrer vor, den Nebenkläger beim Auschwitz-Prozess, DDR-Generalstaatsanwalt Friedrich Karl Kaul, zu einem Gastvortrag in das Dietrich-Bonhoeffer-Studentenwohnheim einzuladen. In einer Verhandlungspause des Prozesses sprach ich Kaul an und fragte, ob er hierzu bereit sei. Er war es. Nach langen Kontroversen entschloss sich die Studentengemeinde, ihn für das Wintersemester 1964/65 zu einem Vortrag über ‚Marxistisches Recht‘ einzuladen. Allerdings sollten – was ich auch richtig fand – seine Thesen durch Gegenreferate beantwortet werden. Kaul hat dann nach einiger Zeit seine ursprüngliche Zusage wieder zurückgezogen.

Am 27. März 1965 entriss die Frankfurter Polizei bei einer Anti-Vietnamkrieg-Demonstration der Kampagne für Abrüstung den Demonstranten Plakate, die sich gegen den Krieg in Vietnam und gegen die Anwendung von Gas durch die Amerikaner richteten. Dies war die erste einer langen Serie von Fehlentscheidungen der Frankfurter Polizeiführung, die aufgrund eines Beschlusses des Frankfurter SPD-Parteitagess schließlich 1970 zur Entlassung des Frankfurter Polizeipräsidenten Gerhard Littmann führten. In Reaktion auf das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten koordinierte ich als Tutor im evangelischen Studentenwohnheim einen gemeinsamen schriftlichen Protest beim Oberbürgermeister Frankfurts. Mit unserer Argumentation beriefen wir uns auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. Auf dieser rechtsstaatlichen Grundlage unterschrieb ein breites Bündnis aus deutsch-israelischer Studiengruppe, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Gewerkschaftsjugend, Sozialistischem Deutschem Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischem Hochschulbund.

Diese breite Koalition linksliberaler und linker Jugendverbände einschließlich der ESG und Minderheiten in der KSG hielt auch noch bei Protesten und Aktionen gegen die damals erstarkende NPD, die Notstandsgesetze und die Große Koalition. Dazu trug auch bei, dass bei uns im evangelischen Studentenwohnheim zwar die Sympathisanten und Mitglieder der SPD dominierten, aber

anders als in den benachbarten Studentenwohnheimen auch Vertreter aller anderen liberalen und linken Studentengruppen wohnten.

Auch im Ortsverein der SPD wurde diese Liberalität praktiziert. Trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD und SDS wurde dieser in dem Stadtteil, in dem auch das Bundessekretariat des SDS lag, nie praktiziert. (Deshalb konnte auch ein Mitglied im letzten Bundesvorstand, Mona Steffen, meine erste Mitarbeiterin im Bundestag werden.) So saß nicht nur im evangelischen Studentenwohnheim, sondern auch im SPD-Ortsverein ein breites Spektrum politischer Orientierungen friedlich nebeneinander. Das begann sich 1967/68 zu ändern.

Am Beginn des Sechs-Tage-Krieges vom 5. bis 10. Juni 1967 gelang es uns aber noch einmal, die politischen Kontakte der Bewohner des evangelischen Studentenwohnheims zugunsten einer breiten Solidarität für Israel zu nutzen. Am Anfang sah es noch nicht danach aus. Der SDS lehnte anfangs einen Aufruf zum Frieden im Nahen Osten unter Hinweis auf die Gegensätze zwischen dem kapitalistischen und antiimperialistischen Weltlager ab. Gleichzeitig mobilisierten bei uns im Studentenwohnheim Vertreter der ESG, der jüdischen Studentengruppe, der Jungsozialisten und des RCDS die Unterstützung für Israel. Schließlich gelang es mir, durch intensive Gespräche eine breite Mehrheit im SHB und sogar eine Mehrheit im Frankfurter SDS zur Unterstützung Israels zu bekommen. Dieses führte am 3. Juni zu einer Demonstration ‚für den Frieden in Nahost‘ von der Universität zum Römerberg. Dies war meiner Erinnerung nach das letzte Mal, dass radikale Teile der Studentenbewegung, symbolisiert durch den SDS, sich zugunsten Israels engagierten.

Auch im evangelischen Studentenwohnheim waren die Meinungen geteilt. Die überwiegende Mehrheit engagierte sich zugunsten Israels. Medizinstudentinnen sammelten Medikamente für Israel. Die im Hause lebenden israelischen Studenten wollten zurück nach Israel und kamen doch nicht fort. Gleichzeitig kündigte ein im Hause lebender Jordanier an, dass er zurück wolle, um gegen Israel zu kämpfen. Obwohl alle persönlich zu ihm nett waren, hatte er die Stimmung gegen sich. Die Nachrichten über die militärischen

Siege der Israelis lösten im evangelischen Studentenwohnheim Jubel aus. Trotzdem warfen mir nach dem Ende des Krieges einige Bewohner vor, dass ich mich als Tutor nicht so einseitig pro-israelisch hätte positionieren dürfen.

Faktisch zeitgleich zum Nahost-Krieg, am 2. Juni 1967, wurde Benno Ohnesorg in Berlin erschossen. Daraufhin trafen wir uns am 4. Juni im benachbarten SDS-geprägten Kolb-Heim zur Vorbesprechung über gemeinsame Aktionen. Bereits am Tag darauf kamen zu einem teach-in auf dem Campus der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ca. 3.000 Teilnehmer, unter ihnen auch die Professoren Jürgen Habermas, Iring Fetscher und Tobias Brocher. Zahlreiche Bewohner des evangelischen Studentenwohnheims verteilten in den nächsten Tagen Handzettel. Aus mehreren Fenstern des Hauses hingen als Zeichen der Trauer schwarze Fahnen.

Diese erste Welle der Politisierung im evangelischen Studentenwohnheim im Jahr 1967 hat später zu sehr unterschiedlichen Lebensverläufen geführt. Falk Wagner promovierte in Theologie und wurde später Professor in München. Peter Reisinger lehrte an der gleichen Universität später klassische deutsche Philosophie. Mit beiden habe ich damals über mehrere Jahre hinweg Kant, Hegel, Marx und Hölderlin gelesen. Dieter Hesemann trat damals in die SPD ein und wurde später Studentenpfarrer in Frankfurt. Petra Bornemann, später Kaffeekocher, heiratete einen der Israelis aus dem Studentenwohnheim, konvertierte und wurde in der Frankfurter jüdischen Gemeinde aktiv. Raouf Tanival, später Khpalwak, ein paschtunischer Afghane, wurde Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Rita Streb-Hesse wurde ebenso wie ich aus Frankfurt für die SPD in den Bundestag gewählt.

Im Zuge ihrer Politisierung radikalisierten sich einige Teile der Studentenbewegung immer mehr. Gleichzeitig nahmen die Spannungen zwischen unterschiedlichen Teilen der Linken zu. Aufgrund meiner engen Kontakte zur SPD und zu den Gewerkschaften warb ich bei beiden Organisationen für den Dialog mit den sich radikalisierenden Studenten in Frankfurt. Als einigender gemeinsamer Nenner bestand die gemeinsame Gegnerschaft gegen die geplante Notstandsgesetzgebung. Nach dem Putsch der Obristen in Grie-

chenland und der Generäle in Chile sahen wir nach einer Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung die Gefahr, die rechtliche Grundlage für eine quasi legale autoritäre Transformation der Bundesrepublik zu schaffen. Geprägt von den Schriften der Theologen Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer – nach ihm war unser Studentenwohnheim benannt worden – wollten wir dieses Mal, anders als 1933, rechtzeitig gegen die Gefahr antreten. Im Kontext der Kampagne gegen die Notstandsgesetze lernte ich die Theologen Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller kennen. Aber anders als andere Bewohner des evangelischen Studentenwohnheims, bewahrte ich eine innere Distanz zu ihrer Fundamentalkritik an der Bundesrepublik. Mit dieser in Bezug auf die gesamte Gesellschaft radikalen, verglichen mit dem SDS aber eher gemäßigten Grundhaltung, referierte ich im November 1967 zu diesem Thema auf dem evangelischen Landesjugendkonvent in Hamburg.

Am 4. Oktober 1967 kam es auf meine Anregung zu einem Gespräch zwischen der Frankfurter SPD und dem Bundesvorstand des SDS. Auf Seiten des SDS nahm u. a. sein neu gewählter Bundesvorsitzender Karl Dietrich Wolff (seinen älteren Bruder hatte ich schon einige Jahre zuvor auf einer Bildungsveranstaltung der evangelischen Jugend in Berlin kennen gelernt), von Seiten der SPD neben mir u. a. der spätere Frankfurter Oberbürgermeister Walter Möller teil. Vereinbart wurde ein gemeinsames Seminar, an dem dann am 9. Dezember neben dem SDS auch sozialdemokratisch orientierte Studentengruppen, wie der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und die Humanistische Studentenunion (HSU), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie einige Professoren teilnahmen. Parallele Kommunikationsstränge zwischen den radikalen Teilen der Studentenbewegung und den etablierten Organisationen der Arbeiterbewegung existierten damals in Frankfurt noch über das ‚Kuratorium Notstand der Demokratie‘, das von der IG Metall finanziert wurde und dessen Geschäftsführer Helmut Schauer früher Bundesvorsitzender des SDS gewesen war, und über den Trägerkreis der Monatszeitung ‚express international‘. In deren Redaktion trat ich Anfang 1968 ein.

Auch bei den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg nahmen in Frankfurt neben Anhängern des SDS weiterhin auch Studen-

ten aus der ESG und Mitglieder der SPD teil. Eine dieser Demonstrationen am 21. Oktober führte vor das Zentrum für amerikanische Soldaten (PX). Während die Anhänger des SDS ihre Losungen für den Sieg des Vietkong skandierten, diskutierten wir mit amerikanischen Soldaten, die z. T. deutliche Skepsis gegenüber dem Kurs ihrer Regierung äußerten: Gleichzeitig begann sich der Ton zwischen reformistischen und den sich revolutionär definierenden Teilen der Linken zu verschärfen. Ich warf den Revolutionären vor, mit ihrer Bejahung von Gewalt den reaktionären Kräften in Deutschland in die Hände zu spielen. Sie beschuldigten mich, früher oder später in der Großen Koalition zu landen.

Das Thema ‚Gewalt‘ wurde immer mehr zur Scheidelinie. Am 4. Februar versuchten mich einige SDSler im Frankfurter Club Voltaire davon zu überzeugen, dass es spätestens nach einem Abwurf einer Atombombe in Vietnam legitim sei, uniformierte Amerikaner in Frankfurt zu töten. Das gleiche Thema und unsere unterschiedliche Einschätzung des Parlamentarismus trennten Johannes Agnoli von der FU Berlin und mich bei einem Streitgespräch in Nordhessen.

Bei der Tagung des Trägerkreises der ‚express international‘ am 24./25. Februar 1968 ging es um das Thema von integrierbaren und System überwindenden Reformen. Anlass war ein Referat von André Gorz, der die Thesen seines Buches ‚Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus‘ vortrug. Anwesend waren neben mir u. a. die späteren Landesvorsitzenden der SPD, Jochen Steffen und Peter von Oertzen, die späteren Professoren Jürgen Seifert, Rainer Zoll und Eberhard Schmidt, die Mitglieder des IG Chemie-Vorstandes Hermann Rappe und Werner Vitt, das Mitglied des IG Metall-Vorstandes Olaf Radke, die späteren DGB-Landesvorsitzenden Gert Lütgert und Dieter Kretschmar, Helmut Schauer vom ‚Kuratorium Notstand der Demokratie‘ und Meino Büning vom Frankfurter SDS. Aus diesem Diskussionskreis entwickelte sich über mehrere Schritte hinweg Anfang der 70er Jahre der ‚Frankfurter Kreis‘, der über viele Jahre die Linke in der SPD koordinierte und zu dessen Sekretär ich nach meinem Ausscheiden als Bundesvorsitzender der Jungsozialisten gewählt wurde. (Auch jetzt ist wieder ein ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungsozialisten zum Sprecher der Parteilinken gewählt worden.) Als SPD-Linker demonstrierte

ich dann im März '68 beim Nürnberger Bundesparteitag zuerst vor und dann in der Meistersingerhalle für eine andere Politik der SPD. Wenige Tage nach dem Bundesparteitag wurde ich von dem persönlichen Referenten des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner, Fred Zander, daraufhin angesprochen, ob ich bereit sei, für diese andere Politik gegen den damaligen Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden und Befürworter der Notstandsgesetze, Georg Leber, in dessen Frankfurter Wahlkreis zu kandidieren. Nach einigen Tagen Bedenkzeit sagte ich zu. Doch dazu später.

Anfang April '68 nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke in Berlin überschlugen sich auch in Frankfurt die Ereignisse. Kurz nach dem Anschlag – noch am 11. April – wurde ich telefonisch über eine geplante Demonstration am Frankfurter Hauptbahnhof informiert. Sofort brachen wir dahin auf. Wir, das waren Jungsozialisten, junge Gewerkschafter, aber auch zahlreiche Leute, die ich noch aus dem evangelischen Studentenwohnheim kannte, aus dem ich inzwischen ausgezogen war. Erst machten wir ein kurzes go-in in das Frankfurter Schauspielhaus, dann zogen wir durch die Innenstadt zur Frankfurter Sozietätsdruckerei, wo nicht nur die FAZ sondern auch Springers Bild-Zeitung gedruckt wurde. Da die Zeitungen aber bereits ausgeliefert worden waren, brachen wir die Blockade ab und zogen mit ca. 1.000 Leuten zum Hauptbahnhof.

Am folgenden Tag, einem Karfreitag, versammelten wir uns um 9.30 Uhr vor der Katharinenkirche in der Frankfurter Innenstadt. Wir machten ein go-in, um eine Diskussion mit der Gemeinde zu provozieren. Hans-Jürgen Krahl, der Frankfurter Dutschke, hielt eine kurze Ansprache, dann zogen wir weiter. (Ab Mittag fand dann auf Einladung des Gemeindepfarrers eine lange und ruhige Diskussion zwischen der Gemeinde und Demonstranten statt.) Von der Katharinenkirche ging es weiter zur Peterskirche. Der dortige Pfarrer beruhigte die Gemeinde mit dem Hinweis, dass die Kirche sonst Mühe habe, genügend Interesse an einem Besuch zu wecken. Deshalb solle die Gemeinde nicht erschreckt auf überraschende Gäste reagieren. Außerdem verwies er auf eine Diskussionsveranstaltung im Mai über das Thema ‚Revolution oder Evolution‘. Als die Gemeinde einen Choral anstimmte, vermuteten viele Demonstranten dies als Versuch, die Diskussion zu unterbrechen und stimmten die



„Internationale“ an. Als beide Gesänge zu Ende waren, sagte Krahl einige Worte von der Kanzel und verließ ruhig die Kirche. Der Frankfurter Studentenfarrer Wolfgang Kratz und sein Vikar, die bei dem go-in dabei waren, waren entsetzt über die Unbeweglichkeit der Gemeinde, die eine Chance zur Diskussion ungenutzt verstreichen ließ.

Wir empfanden es damals als Aufgabe der Kirche, dass sie die Herausforderung durch die Studentenbewegung als Chance begriff, zur Plattform für einen Dialog über eine zugleich ethisch wie politisch motivierte Reform der Gesellschaft zu werden. Zugleich erhofften wir uns von diesem Dialog ein mäßigendes Gegengewicht zu den zunehmenden aggressiven Tönen der Wortführer des SDS.

Um 17.00 Uhr am gleichen Tag versammelten wir uns in der Uni. Dort sprachen der ASTA-Vorsitzende sowie Günther Amendt und Krahl vom SDS. Sie erläuterten den Plan der Blockade der Sozietätsdruckerei. Wir zogen ungehindert von der Polizei dorthin. Unter den Demonstranten traf ich auf weitere SPD-Mitglieder, die ebenso wie ich dem Frankfurter SPD-Vorstand angehörten. Ich beteiligte mich aktiv an der Blockade der Zeitungsauslieferung. Ab 21.00 Uhr setzte die Polizei Schlagstöcke und Wasserwerfer ein. Völlig durchnässt entfernte ich mich später vom Demonstrationsort. Auf dem Rückweg begegnete ich einer Einheit der berittenen kommunalen Polizei. Sie ritten zum Ort der Demonstration. Ihr Einsatzleiter – ein SPD-Mitglied – grüßte mich als Mitglied des Frankfurter SPD-Vorstandes vom Pferd herab. Mich, der ich durchnässt von Wasserwerfern gerade eben von dieser Demonstration kam.

Die unterschiedlichen Sichtweisen über den Verlauf dieser und der folgenden Demonstrationen zwischen denen, die die Demonstration aus der Sicht der Demonstranten und denen, die sie aus der Sicht der Polizei erlebten, führten zu wachsenden Konflikten zwischen dem Frankfurter SPD-Vorstand und der SPD-Stadtverordnetenfraktion. Typisch für diesen innerparteilichen Konflikt ist die Tatsache, dass der frühere Nebenkläger beim Auschwitz-Prozess und damaliges Mitglied im Frankfurter SPD-Vorstand, Rechtsanwalt Christian Raabe, den ASTA der Goethe-Universität bei seiner Strafanzeige gegen die Frankfurter Polizei vertrat. Ich vereinbarte ange-

sichts dieser Konflikte mit dem Leiter der politischen Polizei, Erich Panitz, bei einem Gespräch in einem Café im Frankfurter Westend eine Diskussion mit der SPD-Betriebsgruppe der Polizei. Während unseres Gesprächs beäugte uns argwöhnisch einige Tische weiter Gudrun Ensslin, die einige Zeit später ein Frankfurter Kaufhaus in Brand steckte. Dies war typisch für das damalige Frankfurt, in dem auf engstem Raum völlig gegensätzliche Positionen aufeinander prallten und zugleich in zumindest indirekter Kommunikation miteinander standen.

Am Ostermontag interessierten uns die Abschlusskundgebungen des Ostermarsches wenig, weil dort auch Sänger aus der DDR auftraten, die gegen den Prager Frühling waren. Umso mehr wollten wir uns bei den anschließenden Anti-Springer-Aktionen engagieren. Aber diese führten zu immer gewalttätigeren Konflikten zwischen Demonstranten und der Polizei. Wieder versuchte ich über den Stacheldraht hinweg Demonstranten und Polizei zur Diskussion miteinander zu bewegen, um Gewaltpotentiale abzubauen.

Krahl forderte jetzt die Demonstranten auf, von der Sozietätsdruckerei und der Galluswarte weg zum Hauptbahnhof zu ziehen und später ein go-in im Römer zu machen. Ich fragte ihn, was der Quatsch solle und merkte erst später, dass er Angst vor den von ihm mobilisierten Demonstranten hatte und ziemlich unsicher war. Schließlich einigten wir uns, während wir zum Römer zogen, dass er und andere SDSler vor dem Römer für ein go-in plädieren sollten und ich dann anschließend ihr Megaphon erhielt, um dagegen zu reden. So konnte man die Lage dann allmählich beruhigen. Krahl und K. D. Wolff redeten für ein go-in, ich dagegen. Unterbrochen von einem kurzen improvisierten Polizeieinsatz, den ich durch ein Gespräch mit dem mir von der SPD her bekannten Einsatzleiter der Polizei beenden konnte, wurde die Diskussion ruhiger und Krahl konnte die Demonstranten mit einer Aufforderung zu einem teach-in in der Uni am folgenden Tag beenden. Auf diesem teach-in sprach ich auf Wunsch von Krahl ebenfalls.

In der SPD warb ich um Verständnis für die Demonstration und kritisierte die disproportionale Gewaltanwendung der Polizei, ohne die Gewaltanwendung durch eine Minderheit der Demonstranten zu

rechtfertigen. Es wurde immer schwieriger, in der SPD und bei den Gewerkschaften Mehrheiten für eine derart vermittelnde Position zu gewinnen. Dazu trugen die sich immer mehr beschleunigenden Tendenzen zur Radikalisierung und zur Bejahung von gewalttätigen Aktionen im SDS bei. Wir wollten durch Dialog und Kommunikation Mehrheiten von der Notwendigkeit von Reformen überzeugen. Amendt, Dutschke und Krahl wollten als „revolutionäre Avantgarde“ die Mehrheiten zur Gewaltanwendung provozieren, um damit ihre „revolutionäre Gegengewalt“ zu legitimieren. Das war eine mit uns ethisch und politisch völlig unvereinbare Strategie. Unsere Vorbilder waren Mahatma Gandhi und Martin Luther King und nicht Robespierre und Lenin.

Am 20. April ging ich zu einer Mitgliederversammlung des SDS. Dort wurde ein Film mit gewalttätigen Aktionen der italienischen ApO gezeigt. Krahl bezeichnete diese Gewalttaten als vorbildlich auch für Deutschland. Einige Zeit nach dieser SDS-Mitgliederversammlung traf ich Krahl im Club Voltaire, wo er – wie häufig – ‚Hardenberg-Korn‘ trank und gerührt Heintje-Lieder hörte. Ich griff ihn wegen seiner Thesen zur positiven Rolle von symbolischer Gewaltanwendung an. Ergebnis dieses Streites war einige Zeit später ein öffentliches Streitgespräch im Club Voltaire zwischen ihm und mir: Er vertrat unter ausdrücklicher Berufung auf Bakunin seine Neuauflage der anarchistischen Strategie von der ‚Propaganda der Tat‘. Ich erläuterte mein Ziel eines positiven Zusammenwirkens zwischen gewaltfreier außerparlamentarischer Mobilisierung und innerparteilicher Opposition (ApO + IpO). Ich warf ihm vor, dass seine Strategie der Aktion militanter Minderheiten notwendigerweise wie auch früher in der Geschichte zum Terrorismus führen müsse. Er warf mir vor, dass meine Strategie mit einer Integration in das parlamentarische System führen würde. Im Nachhinein gesehen, hatten wir beide recht.

Entsprechend verlief ein auf meine Anregung hin zwischen ASTA und SPD vereinbartes teach-in am 19. April vor der Uni mit ca. 1.000 Teilnehmern. Diskutiert wurde zwischen Studenten, Professoren und Teilen der Frankfurter SPD-Führung nicht nur angesichts der vergangenen Polizeieinsätze über das Thema ‚Gewalt-Gegengewalt‘, ‚legal-legitim‘, ‚Parlamentarismus-Faschismus-revolutionäre

Aktion<sup>6</sup>. Auf diesem teach-in, das von den Diskussionsinhalten her z. T. erschreckend verlief, konnten sich SPD-Mitglieder in relativ ruhiger Atmosphäre mit ihren Argumenten immerhin noch einbringen. Wahrscheinlich war dies der Grund dafür, dass Krahl mehrfach vergeblich versuchte, das teach-in abubrechen. Aber auch die diskussionsbereiten Teile des Frankfurter SPD-Vorstandes, unter ihnen der spätere Oberbürgermeister Walter Möller und der spätere Bundesfinanzminister Hans Matthöfer hatten große Schwierigkeiten, den aggressiven Stil und die anarchistischen und aktionistischen Thesen des SDS mit ihrer Vorstellung von sozialistischer Theorie und Praxis auch nur annähernd in Übereinstimmung zu bringen. Noch einmal, am 6. Mai 1968, machte Walter Möller den Versuch, für seine Vorstellungen vom demokratischen Sozialismus im Frankfurter Club Voltaire zu werben. Günther Amendt und Krahl waren zwar im Raum, beteiligten sich aber demonstrativ nicht an der Diskussion.

Auch Otto Brenner und weitere Vorstandsmitglieder der IG Metall begannen, sich mir gegenüber immer kritischer über die vom SDS geführten Teile der Studentenbewegung zu äußern. Wie Helmut Schauer vom ‚Kuratorium Notstand der Demokratie‘ mir sagte, fürchteten sie den Anarchismus. Im Trägerkreis des ‚express international‘ wurden die Vorbehalte gegen die Tendenzen zur Gewaltbereitschaft und zum Anti-Parlamentarismus in Teilen der ApO immer kritischer diskutiert.

Im SDS selbst nahmen die Fraktionskämpfe zu. Auf der SDS-Bundesdelegiertenkonferenz im September 1968, an der ich als Gast teilnahm, wurde die ‚KP-Fraktion‘ ausgeschlossen. Am Rande des SDS-Kongresses gab es am 14. September ein Treffen der internationalen Gäste des Kongresses im evangelischen Dietrich-Bonhoeffer-Studentenwohnheim. In Anwesenheit von Karl Dietrich Wolff und Daniel Cohn-Bendit wurde über die Gründung einer V. antiautoritären Internationale geredet. Im Vorraum der SDS-Delegiertenkonferenz warben unterschiedliche trotzkistische, marxistische und traditionelle kommunistische Gruppen für ihre Überzeugungen. Die Studentenbewegung begann sich immer mehr in sektiererische Gruppen zu spalten. Meine spätere Mitarbeiterin im Bundestag, Mona Steffen, gehörte schließlich zu jenen Mitgliedern des

SDS-Bundesvorstandes, die dessen Auflösung durchsetzten und dessen Übernahme durch anarchistische und gewaltbereite politische Strömungen verhinderten.

Gleichzeitig strömten große Teile der politisierten Jugendlichen und Studenten in die SPD. Sie bildeten den Kern der 30 Prozent der Delegierten, die mich im Frühjahr 1969 gegen Georg Leber als Wahlkreis Kandidaten der SPD unterstützten. Sie trugen im Herbst 1969 zum Wahlsieg der SPD und damit zur Bildung einer sozialliberalen Koalition in Bonn bei. Im Dezember 1969 war die Politisierung unter Jugendlichen und Studenten die entscheidende Ursache für meine Wahl zum Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten. Die '68er haben gesellschaftliche Veränderungen bewirkt, aber glücklicherweise nicht diejenigen, die ihre radikalsten Sprecher forderten.

Karsten D. Voigt

geboren am 11. April 1941 in Elmshorn; 1960 Abitur in Hamburg; 1960–1969 Studium der Geschichte, Germanistik und Skandinavistik in Hamburg und Frankfurt; Studienaufenthalt in Kopenhagen zu Forschungen über die deutsche Besatzungszeit während des Nationalsozialismus; 1962 Eintritt in die SPD; 1969–1973 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD; seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter, bis zur Wahl in den Bundestag Mitglied des Direktoriums und stellvertretender Leiter der Frankfurter Volkshochschule; 1971–1973 Vizepräsident der International Union of Socialist Youth; 1976–1998 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1977–1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO; 1983–1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion; 1984–1995 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes; 1985–1994 Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Europas; 1994–1996 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO; seit 1999 Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt; Mitgliedschaft im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, im Kuratorium des Aspen-Institutes, im internationalen wissenschaftlichen Beirat des Alliierten Museums Berlin (Vorsitzender) sowie in den Beratungsausschüssen der „Graduate School of North American Studies“ der Freien Universität Berlin und des „Center for German and European Studies“ der Universität von Minnesota.



Wichern-Stift Rauhes Haus 1958



Veranstaltungsheim 1974

(Bilder aus dem Privatbesitz des Autors)